

Nachrichten für Naunhof

und Umgegend

(Albrechtshain, Ammelshain, Bencha, Borsdorf, Cicha, Erdmannshain, Fuchshain, Groß- und Kleinfleinsberg, Klinga, Kötze, Lützhart, Pomßen, Schöndorf, Tharx, etc.)
Dieses Blatt enthält die amtlichen Bekanntmachungen der Amtshauptmannschaft Grimma und des Stadtrates zu Naunhof.

Erscheinungswöchentlich 3 mal: Dienstag, Donnerstag, Sonnabend, nachm. 4 Uhr für den folgenden Tag. Bezugspreis: Monatlich Mk. 1.50, jährlich Mk. 18.00, ohne Auslagen. Post einschl. der Postgebühren Mk. 9.75. Im Falle höherer Gewalt, Krieg, Streik oder sonstiger Störungen des Betriebes, hat der Bezugsnehmer keinen Anspruch auf Lieferung der Zeitung oder Rückzahlung des Bezugspreises.



Anzeigenpreise: Die 6-spaltige Korpuszeile 70 Pfg., auswärts 80 Pfg. 4-spaltige Zeile Mk. 1.50. Reklamazeile Mk. 1.50. Beilagegebühr pro Hundert Mk. 2.00. Annahme der Anzeigen bis spätestens 10 Uhr vormittags des Erscheinungstages, größere noch früher. — Alle Anzeigen-Vermittlungen nehmen Aufträge entgegen. — Belegungen werden von den Auslegern oder in der Geschäftsstelle angenommen.

Retour: Emil Naunhof Nr. 2

Druck und Verlag: Gänge & Sule, Naunhof bei Leipzig, Markt 2.

Nummer 116

Freitag, den 30. September 1921

32. Jahrgang

Kleine Zeitung für eilige Leser.

- * Zwischen Deutschland und Österreich ist ein Abkommen zum Abschluss gelangt, das volle Freizügigkeit im Bezug der Hochschulen des deutschen Sprachgebietes zur Tatsache macht.
- * Die Rheinzollgrenze soll am 1. Oktober endgültig aufgehoben werden.
- * Der Verfassungsausschuss des bayerischen Landtags nahm das in den Berliner Verhandlungen geschlossene Kompromiß zu den Verordnungen des Reichspräsidenten vom 29. und 30. August 1921 und den Ausnahmezustand in Bayern an.
- * Der Münchener Polizeipräsident Döhner ist nach dem Zustandekommen der Verständigung Bayerns mit dem Reich zurückgetreten.
- * An der Berliner Börse wurde der Dollar Mittwoch mit 128 Mark im freien Verkehr bezahlt.
- * Die Interalliierte Kontrollkommission berichtet nach London, daß die deutsche Entwaffnung vollendet und die Aufgabe der Kommission im wesentlichen erledigt ist.
- * In Reutheitz starb im Alter von 67 Jahren Engelbert Gumpert, der Komponist der Oper „Hänsel und Gretel“.
- * Wegen der wettungarischen Frage und wegen der Verzögerung der Erledigung der Gegenstände über die Anglo- und die Völkervereinigung dürfte die Regierung Schöber in Österreich zurücktreten.

Friede mit Bayern.

Was dem zurückgetretenen Ministerpräsidenten des zweitgrößten deutschen Einzelstaates, Herrn v. Kahr, nicht gelingen wollte, das ist seinem Nachfolger, dem Grafen Lerchenfeld, scheinbar spielend in den Schoß gefallen. Sowohl seine Verhandlungen in Berlin wie sein erstes Auftreten im Verfassungsausschuss des bayerischen Landtages haben rasch und mühelos zum Ziele geführt, und heute kann man sagen, daß, von einer, wie man hoffen darf, geringfügigen Unebenheit abgesehen, zwischen Berlin und München ein vollkommenes Einverständnis erzielt worden ist.

Wenn man es kurz fassen will, so haben die Bayern in der Personenfrage, die Reichsinstanzen dagegen in der Sache wesentliche Zugeständnisse gemacht. Herr v. Kahr hätte vielleicht auch seinen Namen unter das jetzt vereinbarte Kompromiß setzen können. Dann wäre aber die leidige Konfliktstimmung nicht aus den Gemütern gewichen und vielleicht heute und morgen schon Grund zu neuen Beschwerden gegeben gewesen. Und die Reichsinstanzen wiederum wären Herrn v. Kahr vielleicht auch nicht so leicht entgegengekommen, wie sie es dem Grafen Lerchenfeld gegenüber getan haben. So hat man sich hüben und drüben zu Opfern entschlossen, da nur noch mit ihrer Hilfe ein offener Reichskonflikt zu vermeiden war. Nach Herrn v. Kahr und Dr. Roth ist nun auch noch der Münchener Polizeidirektor v. Voehner vom Schauspiel abgetreten. Die Bahn ist also frei für die neue Politik, zu der sich die maßgebenden Leute in Bayern entschließen mußten.

Wie hat man nun den Weg zur Verständigung gefunden? Den ersten Schritt hat die Reichsregierung getan, indem sie sich zur Umänderung der Ausnahmeverordnungen des Reichspräsidenten vom 29. und 30. August bereit erklärte. Die prinzipielle Gegenseitigkeit für Bayern besteht darin, daß auch die Verordnung über den bayerischen Ausnahmezustand außer Kraft gesetzt wird. Das sollte, nach den letzten Berliner Vereinbarungen, mit Wirkung vom 15. Oktober an geschehen. Der Verfassungsausschuss des bayerischen Landtages hat stattdessen beschlossen, daß es dem pflichtmäßigen Ermessen der bayerischen Staatsregierung überlassen bleiben sollte, zu beurteilen, wann sie den angemessenen Zeitpunkt für gegeben erachte. Das ist die kleine Unebenheit, von der oben die Rede war. Es ist aber kaum anzunehmen, daß sie zu tatsächlichen Schwierigkeiten führen wird. Man wollte auf diese Weise nur die Verantwortung der bayerischen Staatsregierung für die Aufhebung des Ausnahmezustandes auch nach außen hin deutlich festlegen, um nicht die Auffassung aufkommen zu lassen, daß ihr ein solcher Entschluß von Berlin her ausgedrängt werde. Wenn keine Verschärfung der allgemeinen Lage eintritt, dürfte Graf Lerchenfeld wohl in der Lage sein, bis zum 15. Oktober die Ausnahmeverordnung aufzuheben. Das um so eher, als zwischen Berlin und München ausdrücklich übereinstimmend darüber festgelegt worden ist, daß die Landesregierung nach Artikel 48 Absatz 4 der Reichsverfassung nach wie vor berechtigt ist, bei Gefahr im Verzuge auch weiterhin einseitige Maßnahmen zu treffen, die über den Inhalt der neuen Verordnung des Reichspräsidenten hinausgehen, und die Reichsregierung hat ausdrücklich zugesagt, solchen Maßnahmen gegenüber, wenn sie notwendig werden sollten, eine lokale Haltung einzunehmen.

Die neu zu formulierende Verordnung des Reichspräsidenten soll nun in drei wesentlichen Punkten von der Verordnung vom 29. August abweichen. Einmal soll ihr Schutz, soweit Personen in Frage kommen, nicht nur wie bisher Vertretern der republikanisch-demokratischen Verfassung zugesagt werden, sondern ganz allgemein Personen des öffentlichen Lebens. Zweitens wird die Unabhängigkeitsfrage im Paragraphen 4 so geregelt, daß die Staatshoheit der Einzelländer unbedingt gewahrt bleibt. Schließlich für Verbote von Druckschriften und Versammlungen sind fortan die Landeszentralbehörden. Sie können

allerdings vom Reichsminister des Innern um den Anspruch eines Verbots oder einer Beschlagnahme ersucht werden. Wird einem solchen Ersuchen nicht Folge geleistet, so ist der Reichsminister des Innern davon innerhalb zweier Tage zu verständigen und gleichzeitig die Entscheidung des Reichsratsausschusses anzurufen. Dieser Entscheidung ist dann allerdings für die Landeszentralbehörden unbedingt maßgebend. Der dritte Punkt, in dem von bayerischen Wünschen Rechnung getragen wird, ist die Schwerdefrage. Auch hier wird die Zuständigkeit der Landeszentralbehörden wirksam gewahrt.

Aufhebung der Rheinzollgrenze.

Ende dieser Woche.

An zuständigen Stellen nimmt man jetzt bestimmt an, daß nunmehr das Ende der wirtschaftlichen Sanktionen am Rhein, die so schwer auf dem Wirtschaftsleben der betroffenen Gebiete wie ganz Deutschlands lasteten, gekommen seien.

Die Radio-Agentur verbreitet aus Paris eine Meldung, wonach die Rheinzollgrenze in der Nacht vom Freitag zum Sonnabend aufgehoben werden soll. „Echo de Paris“ bemerkt dazu, daß lebhafte Verhandlungen darüber im Gange seien, um Frankreich vor der Aufhebung der Sanktionen die notwendigen Garantien zu verschaffen, die ihm der Oberste Rat versprochen habe. Diese Garantien schienen Tatsache zu sein.

Der französische Ministerpräsident hat Dienstag den deutschen Botschafter Dr. Meyer empfangen. Bei dem Empfang sollen die letzten Formalitäten erledigt worden sein. Aus Berlin verlautet, daß allerdings eine Kontrollkommission eingesetzt werde, doch soll auf die deutschen Einwände über die Tätigkeit der Kommission in Bezug auf Handelsespionage usw. möglichst Rücksicht genommen werden.

Rathenau über die deutschen Zahlungen.

München, 28. September.

Der Reichsverband der deutschen Industrie trat heute in München zu einer Tagung zusammen, die durch die auf ihr behandelten Fragen besondere politische Bedeutung erhielt.

Der Vorsitzende, Abg. Dr. Sorge trat dafür ein, daß man den Versuch machen müsse, die im Ultimatum eingegangenen Verpflichtungen zu erfüllen. Die Industrie sei bereit, ihre ausländischen Kredite zugunsten des Reichs nutzbar zu machen unter der Voraussetzung, daß sich an ihrer Aktion die Landwirtschaft, die Bankwelt und der Handel beteiligen, und daß die Regierung ihrerseits alles tue, um das Risiko der Zerstörung des letzten Restes unserer Wirtschaft zu verringern, namentlich indem sie endlich Ordnung in den Staat bringe. Die endlich einmal durchgreifende Finanzreform müsse sich ebenso auf die Ausgabewirtschaft als auf die Vermehrung der Einnahmen, namentlich durch Nationalisierung der Staatsbetriebe, erstrecken.

Nach kurzen Begrüßungswörtern des neuen bayerischen Ministerpräsidenten Grafen Lerchenfeld und des Münchener Bürgermeisters ergliff

Wiederaufbauminister Dr. Rathenau

das Wort. Er verteidigte sich gegen das Gerücht, daß er gesagt habe, wir könnten zahlen, wenn wir nur wollten, und wandte sich gleichzeitig gegen diejenigen, die grundsätzlich behaupten, wir können nicht zahlen. Er sagte u. a.: „Die Zahlungen einzufrieren, ist unmöglich. Wir müssen zur Restitution der Welt beitragen. Den Punkt, bis zu dem das möglich ist, müssen wir erreichen. Die restlose Erfüllung des Ultimatus würde die Welt wirtschaftlich noch viel stärker treffen als uns selbst. Die Weltwirtschaft wird das „unmöglich“ sprechen.“ Rathenau trat dann für eine internationale wirtschaftliche Verständigung ein und begrüßte den Gedanken eines Weltwirtschaftskongresses.

Der Ersatz von Geld durch Sachleistungen sei das Problem der Gegenwart, denn der neuerliche Sturz unserer Währung habe die Unmöglichkeit bewiesen, unsere Reparationsverpflichtungen lediglich durch Devisen abzulösen. Auch könnten die nach dem Ultimatum eingeführten deutschen Bonds nicht in Umlauf gesetzt werden. Die Art der Finanzierung der Weltschulden sei gescheitert. Man nehme die Bonds nicht einmal mit 50. Der einzige Weg, der bleibe, ist der der verständigen Aussprache. Es steht eine noch

nochmalige Besprechung mit den Franzosen bevor.

Es handle sich um Leistungen in Höhe von sieben Milliarden im Laufe von vierundhalb Jahren. Frankreich könne nicht sofort voll zahlen. Wir werden der Bankier unseres Gläubigers. Besser sei, daß wir Papiermillarden in die eigene Wirtschaft stopfen, als daß wir den Dollar in die Höhe treiben.“

Währungskonferenz in London.

Teilnahme Deutschlands an den Beratungen.

Die Vorbereitungen für die Abhaltung der geplanten internationalen Währungskonferenz in London Anfang Dezember nehmen guten Fortgang. Die Konferenz wird von bekannten englischen Finanzautoritäten in die Wege geleitet, um die ganze Währungsfrage zu prüfen und ein

Programm für die Maßnahmen zu entwerfen, durch die die Währungen der verschiedenen Länder wieder hochgebracht und die Goldwährung wieder hergestellt werden soll. Die Chiefs der einzelnen Länder sind zur Entsendung von Delegierten aufgefordert worden. Zustimmung haben sich bereits die Vereinigten Staaten, Frankreich, Deutschland, die Niederlande, Schweden und Dänemark geäußert. Die Konferenz wird zwar keinen amtlichen Charakter tragen, es sind aber an ihr die maßgebenden Finanzkreise sowohl wie mit den Regierungen eng in Verbindung stehende Kräfte beteiligt.

Die Epidemie der Valutaspekulation.

Die Mark noch weiter herabgedrückt.

Berlin, 28. September.

Nach einer kurzen Pause in den gestrigen Abendstunden ging heute die Arbeit der „Hyänen der Börse“, wie ein hiesiges Blatt sich ausdrückt, weiter in der Entwertung der deutschen Mark. Der Dollar, der gestern Abend auf 121% zurückgegangen war, wurde erneut in die Höhe getrieben, in den Mittagsstunden bot man für ihn im freien Verkehr 132 Mark, später etwas weniger bis 125%, dann endgültig etwa 128% Mark.

Es wird jetzt allgemein zugegeben, daß die Zustände zum größten Teil durch die deutschen, besonders durch die Berliner Valutaspekulanten hervorgerufen werden. Offen wird in Spekulantentreisen die Jagd nach den Devisen, den Zahlungsanweisungen aufs Ausland, damit erklärt, das Reich brauche ja demnächst Devisen — zur Abzahlung an die Entente. Sie müssen also weggekauft werden, damit das Reich sie später nur zu Buchpreisen aufzubringen vermag. Leider beteiligen sich jetzt auch namhafte Industriekreise an den Käufen der Auslandswerte.

Die deutsche Spekulation soll auch bereits dazu übergegangen sein, die ausländischen Börsen, an denen selbstsamertweise die Mark höher als in Berlin bewertet wird, betrügerisch zu beeinflussen. Nach New York geben private Telegramme ab, die einen wesentlichen höheren Dollarkurs in Berlin melden als die später eintreffenden amtlichen Depeschen. So wird der New Yorker Kurs in verbrecherischer Weise beeinflusst, um dann wieder auf Berlin zu drücken und das landesverräterische Treiben der „Hyänen“ zu begünstigen. Es gibt auch Leute, die der Reichsbank Schuld an der verfahrenen Situation zuschreiben, die geradezu zu einer verhängnisvollen Katastrophe drängt. Jedenfalls muß die Frage wiederholt werden: Was sagt die Regierung, was gedenkt sie zu tun?

Politische Rundschau.

Deutsches Reich.

Deutsch-dänische Verhandlungen.

Die deutsch-dänischen Verhandlungen, an denen die deutsche Delegation teilnimmt, und in denen seit Mitte Juni eine Pause eingetreten war, sind nunmehr in Kopenhagen wieder aufgenommen worden und dürften sich bei dem reichhaltigen Arbeitsstoff eine Zeitlang hinziehen.

Eine neue kommunistische Reichstagsfraktion.

Die bisherigen Angehörigen der „Vereinigten Kommunistischen Partei Deutschlands“, die Abg. Levi, Ratjahn, Reich, Dittell, Geher jr., Marie Badwisch, Ernst Däumig und Adolf Hoffmann, haben sich im Reichstage zu einer eigenen Gruppe, der kommunistischen Arbeitsgemeinschaft, zusammengeschlossen. Diese Fraktionsbildung dürfte der Beginn zur Gründung einer neuen kommunistischen Partei sein, die sich von Moskau unabhängig halten will. Es sind also jetzt im Reichstage zwei kommunistische Fraktionen, die sog. Leviten, die Gegner Moskaus sind und, wie oben ausgeführt, acht Mandate innehaben, ferner die bisherige Fraktion, die ungefähr doppelt so viel Mitglieder hat und zur Moskauer Internationale hält. Die bisherige Fraktion setzt sich wieder zusammen aus der „Kommunistischen Partei Deutschlands“ und der „Kommunistischen Arbeiterpartei Deutschlands“.

Gesetzentwurf zum Schutz der Republik.

Dem Reichstage ist durch die Fraktion der Unabhängigen Sozialdemokraten ein Gesetzentwurf zum Schutz der Republik zugegangen. Dieser Entwurf dürfte, wie nach der Beratung des Ausschusses des Reichstages anzunehmen ist, am Freitag mit zur Debatte gestellt werden. Verlangt wird u. a. Einziehung des Vermögens der früheren Landesherren, Einschränkung monarchistischer Propaganda, Abänderung des Strafrechtsbuchs in Bezug auf die Thronfolge usw., Sicherung gegen Sondergerichte und anderweitige Regelung der Justizpflege.

Nordamerika.

Wilson's Widerstand gegen die Friedensverträge. Der fast verholene ehemalige Präsident macht plötzlich wieder von sich reden. Der Senat der Vereinigten Staaten ist im höchsten Grade beunruhigt über den Bericht, daß Expräsident Wilson einen Appell an die Senatsmitglieder gerichtet hat, worin er alle aufrechten Anhänger des Völkerbundes auffordert, gegen die neuen Verträge mit Deutschland und Österreich Stellung zu nehmen. Wilson hat seinen demokratischen Freunden persönlich aus- einandergesetzt, daß die neuen Verträge tatsächlich einen